Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) · 48133 Münster

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Adressaten:
örtliche Träger der Sozialhilfe
sowie der Jugendhilfe in Westfalen-Lippe
gem. Verteiler

Ansprechpartnerin:
Heike Makein

Tel.: 0251 591-5643
Fax: 0251 591-4280
E-Mail: heike.makein-frie@lwl.org

Az.: 60-50/70

Münster, 14.12.2009

Rundschreiben der LWL-Behindertenhilfe Westfalen Nr. 13/2009

§ 54 Abs. 3 SGB XII – Betreuung in einer Pflegefamilie

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch das Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus wurde u. a. auch das SGB XII geändert. Seit dem 05. August 2009 ist § 54 Abs. 3 SGB XII in Kraft getreten. Diese neue gesetzliche Regelung dient der Klarstellung, dass auch die Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher in einer Pflegefamilie eine Leistung der Eingliederungshilfe ist.

Es sind seitdem vermehrt Fragen zum Umgang mit § 54 Abs. 3 SGB XII eingegangen, daher sehe ich mich veranlasst, zur Klarstellung die Rechtsauffassung der LWL-Behindertenhilfe bekannt zu geben.

I. Gesetzesänderung und Auswirkungen

Der neue Leistungstatbestand stellt sicher, dass Eingliederungshilfe auch für die Betreuung körperlich und geistig behinderter Kinder und Jugendlicher in einer Pflegefamilie gewährt wird, wenn sie dem Wohle des Kindes dient und damit die Betreuung in einer vollstationären Einrichtung vermieden wird. Voraussetzung ist, dass kein Anspruch auf Leistungen der Jugendhilfe, sondern ein Anspruch auf Eingliederungshilfe vorliegt.

§ 54 Abs. 3 SGB XII bewirkt allerdings keine Änderung der sachlichen Zuständigkeit des LWL.

Gem. § 97 Abs. 2 Satz 1 SGB XII richtet sich die sachliche Zuständigkeit nach Landesrecht. Danach ist der überörtliche Sozialhilfeträger in Nordrhein-Westfalen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 1 a) der AV-SGB XII NRW sachlich zuständig für Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn die Hilfe in einer stationären oder teilstationären Einrichtung zu gewähren ist.

Die Pflegefamilie ist aber keine Einrichtung im Sinne des § 13 Abs. 1 SGB XII, vielmehr handelt es sich bei der Betreuung in einer Pflegefamilie um ambulante Leistungen. Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus § 107 SGB XII. Hier handelt es sich nur um die Klärung der örtlichen Zuständigkeit im Zusammenhang mit der Kostenerstattung. Fragen der sachlichen Zuständigkeit werden durch § 107 SGB XII nicht berührt.

Die sachliche Zuständigkeit des LWL für ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe besteht nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 AV-SGB XII NRW nur für behinderte Menschen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Für ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe ist (mit Ausnahme der Leistungen des ambulant betreuten Wohnens für Volljährige) auch nach Einführung des § 54 Abs. 3 SGB XII wie bisher der örtliche Sozialhilfeträger sachlich zuständig.

Die Zuständigkeit des Jugendhilfeträgers nach § 35 a SGB VIII i.V. mit § 41 SGB VIII ist durch § 2 Abs. 1 Nr. 2 AV-SGB XII NRW nicht berührt.

II. Beschluss des Landschaftsausschusses „Familienpflege für behinderte Kinder und Jugendliche“

Auch der Beschluss des Landschaftsausschusses¹ hatte nicht den Zweck, gesetzliche Zuständigkeiten zu verändern. Dies ist auch ausdrücklich im Arbeitskreis der Sozialdezernenten in Westfalen-Lippe so besprochen worden.

Wie der Begründung der Beschlussvorlage zu entnehmen ist, geht es lediglich darum, zu verhindern, dass die Hilfebedarfe mit Blick auf die Rechtsfolge „Leistung durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe“ definiert werden. Lediglich für Fälle, in denen das Kind bereits zu Lasten des LWL stationär versorgt wird oder eine Kostenzusage für eine stationäre Aufnahme zu seinen Lasten erteilt werden würde, behält sich der LWL vor, die Hilfe in einer Pflegefamilie zu gewähren.

Damit ist noch keine Aussage darüber getroffen, ob Erstattungsansprüche gegen andere Sozialleistungsträger geltend gemacht werden.

Für das Verfahren nach dem Beschluss des Landschaftsausschusses ist allein entscheidend, dass die fachlich richtige Hilfe unverzüglich für das Kind bzw. den Jugendlichen gewährt wird. Damit soll auch verhindert werden, dass Zuständigkeitsstreitigkeiten mit den Bürgern geführt werden. Vielmehr sollen diese ausschließlich zwischen den beteiligten Behörden abgewickelt werden.

III. Verfahren

Aufgrund der eindeutigen gesetzlichen Regelung des § 54 Abs. 3 SGB XII ist in folgenden Fallkonstellationen folgendes Verfahren vorgesehen:

¹ 12/0845 „Behinderte Pflegekinder“ – Familienpflege für behinderte Kinder und Jugendliche, Landschaftsausschuss 25.04.2008

III.1 Beachtung des § 14 SGB IX

Werden Leistungen auf Eingliederungshilfe in einer Pflegefamilie beantragt, so ist innerhalb der Fristen des § 14 SGB IX eine Entscheidung i.S.d. § 14 Abs. 1 SGB IX zu treffen. Nach Ablauf der Frist beim LWL eingehende Anträge werden unter Bezugnahme auf § 14 Abs. 1 SGB IX zurückgegeben.

III.2 Antragstellung beim örtlichen Sozialhilfeträger

Wird bei diesem eine Leistung der Eingliederungshilfe in einer Pflegefamilie beantragt und hält er einerseits die sachliche Zuständigkeit des Trägers der Jugendhilfe für nicht gegeben und ist er andererseits der Auffassung, dass zwar Eingliederungshilfe, nicht aber in einer Pflegefamilie zu gewähren ist, leitet er den Antrag nach § 14 SGB IX an den LWL weiter mit einer Begründung, weshalb eine Betreuung in einer Pflegefamilie nicht in Betracht kommt und in Folge dessen eine stationäre Hilfe erforderlich wird.

Der LWL entscheidet und prüft dann, ob die Voraussetzungen eines Erstattungsanspruches nach § 14 Abs. 4 SGB IX für die stationäre Hilfe vorliegen.

Wird beim örtlichen Sozialhilfeträger eine Leistung der Eingliederungshilfe beantragt ohne konkrete Vorstellungen zur Art der zu gewährenden Eingliederungshilfe (stationäre Einrichtung oder Pflegefamilie), so gilt grundsätzlich der Vorrang ambulant vor stationär und die Beachtung des Wunsch- und Wahlrechtes der Antragsteller. Die Möglichkeit der Betreuung in einer Pflegefamilie ist vorrangig zu prüfen und ggf. zu begründen, weshalb diese nicht in Betracht kommt, sodass eine stationäre Leistung erforderlich wird.

III.3 Antragstellung beim örtlichen Träger der Jugendhilfe

Wird ein solcher Antrag bei diesem gestellt und ist er der Auffassung, dass es sich um Eingliederungshilfe handelt, leitet er den Antrag an den zuständigen örtlichen Sozialhilfeträger weiter.

III.4 Antragstellung beim LWL

Wird der Antrag beim LWL gestellt, so prüft dieser, wenn er sich nicht für zuständig hält, an welchen Rehabilitationsträger er den Antrag weiter leitet.

Stellt der LWL nach Ablauf der Fristen des § 14 SGB IX fest, dass eine Leistung der Eingliederungshilfe auch in einer Pflegefamilie erbracht werden kann, so wird er die fachlich notwendige Hilfe gewähren und Erstattungsansprüche gegen die zuständigen Träger prüfen.

Dieses Schreiben ist mit dem Landesjugendamt abgestimmt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Matthias Münning